An Bundesministerium der Finanzen
z.H. Herr Steinbrück
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

BUNDESWEITER BILDUNGSSTREIK 15.-19. Juni

** Wichtige Mitteilung! **

Das Rettungspaket für bessere und freie Bildung ist noch nicht eingetroffen.

Sehr geehrter Herr Finanzminister,

da sich angesichts der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise gezeigt hat, dass innerhalb weniger Wochen hunderte Milliarden Euro mobilisierbar sind, fordern wir als Aktive des Bildungsstreiks 2009 ein umfangreiches Rettungspaket für das marode Bildungssystem in Deutschland. Als SchülerInnen, Auszubildende und Studierende appellieren wir an die Solidarität und gesellschaftliche Verantwortung derjenigen, die vom Krisenmanagement profitiert haben. Seitdem sechs Bundesländer Studiengebühren eingeführt haben, zahlen über 700.000 der fast zwei Mio. Studierenden 500 Euro pro Semester. So beläuft sich die Gebühreneinnahme pro Jahr auf 830 Mio. Euro. Zudem zahlen 1,3 Mio. Studierende rund 120 Mio. versteckte Zahlungen in Form von so genannten Verwaltungsgebühren. Außerdem beziehen nur 23% der Studierenden BAföG. Um allen Immatrikulierten einen durchschnittlichen BAföG-Satz von bisher lediglich 400 Euro zu gewährleisten, sind 536 Mio. Euro zusätzlich notwendig. Um alle bisher vorhandenen Studienplätze tatsächlich auszufinanzieren sowie eine Mio. neue Studienplätze zu schaffen sind weitere 81,6 Mrd. Euro von Nöten. Ein/e ProfessorIn betreut an Universitäten derzeit 60 Studierende - vor 30 Jahren waren es noch 40. Um dieses Betreuungsverhältnis wieder zu erreichen, sowie die berechtigten Forderungen der SchülerInnen nach kleineren Klassen mit maximal 20 SchülerInnen zu erfüllen, werden im ersten Schritt zusätzlich 21,6 Mrd. Euro benötigt. Insgesamt belaufen sich die Kosten somit für das Rettungspaket, angesichts der tiefen Bildungskrise in Deutschland, auf 104,886 Mrd. Euro. Dieser Sonderfond für bessere und freie Bildung (SofbfB) fällt im Vergleich zu den 480 Mrd. Euro der Bankenrettung äußerst bescheiden aus. Als von der Bildungsmisere täglich Betroffene sind wir uns unserer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und beschränken uns ausschließlich auf die oben genannten Investitionen, obwohl damit sicherlich nur die größten Missstande beseitigt werden können. Um tatsachlich ein freies und qualitativ hochwertiges Bildungssystem zu schaffen, wären weitere Ausgaben nötig. In Zeiten der Weltwirtschaftskrise wollen wir jedoch keine utopischen und unfinanzierbaren Forderungen aufstellen, sondern kalkulieren ähnlich wie das Bundesministerium für Finanzen mit Augenmaß und haushaltspolitischer Weitsicht. Falls Sie als Verantwortlicher dieser dringend notwendigen Kraftanstrengung für bessere und freie Bildung nicht bis zum bundesweiten Bildungsstreiktag am 17. Juni nachkommen, behalten wir uns weitere Mahnungen und Schritte im Rahmen des Bildungsstreiks 2009 vor.

Mit freundlichen Grüßen,

Aktive des Bildungsstreiks 2009

[**Kontakt:** bildungsstreik.marburg@gmail.com; **Homepage:** http://bildungsstreik.tk (lokal) + http://bildungsstreik2009.de (bundesweit)]

PS: Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir uns hier ausschließlich auf den finanziellen Aspekt der Probleme im öffentlichen Bildungssystem beziehen. Schließlich sind Sie Verantwortlicher im Bundesministerium für Finanzen und nicht im Ministerium für demokratische Strukturen, Emanzipation und Selbstbestimmung!